Welche in der DDR erteilten atom- und strahlenschutzrechtlichen Betriebs- und Transportgenehmigungen sowie Zulassungen von End- und Zwischenlagern sind nach dem Inkrafttreten des bundesdeutschen Atomgesetzes und dessen Vorschriften weiterhin gültig, und wann wird die Dauerbetriebsgenehmigung für Block 5 des KKW Greifswald erteilt?

Antwort

Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Atomgesetzes und weiterer atom- und strahlenschutzrechtlicher Vorschriften der Bundesrepublik Deutschland bestehen in der DDR gemäß Kernanlagen-Genehmigungsanordnung (KAGAO) vom 21.06.1979 (GBl. I Nr. 21 S. 198) folgende Genehmigungen:

Kernanlagen:

Genehmigungen zum Dauerbetrieb - § 7 der KAGAO - haben:

- KKW Rheinsberg
- KKW Greifswald Blöcke 1 - 4 einschließlich 1. Bauabschnitt der Fernwärmeversorgung der Stadt Greifswald (FAK)

Für das KKW Rheinsberg und das KKW Greifswald, Blöcke 1 - 4, sind gesonderte Freigaben zur Wiederinbetriebnahme nach Brennstoffumladung, Revision und sicherheitstechnischer Erächtigung im Jahre 1990 durch das Staatliche Amt für Atomsi-
-erheit und Strahlenschutz erforderlich.

- ^Rossendorfer Forschungsreaktor (RFR)
- Rossendorfer Ringzonenreaktor (RRR)
- Rossendorfer Anordnung für kritische Experimente (RAKE)
- Anlage zur Produktion von Mo-99 (AMOR-I) in Rossendorf
- Urantechnikum in Rossendorf
- Ausbildungsreaktor (AKR) der TU Dresden
- Zittauer Lehr- und Forschungsreaktor (ZLFR) der TH Zittau
- Endlager für radioaktive Abfälle (ERAM)

Zwischenlager für radioaktive Abfälle außerhalb von Kernanlagen gibt es in der DDR nicht.

Genehmigung zur Inbetriebnahme - § 6 der KAGAO - haben:

- Zwischenlager für abgebrannten Brennstoff (ZAB)
- Anlagen zur Rückgewinnung von Kernbrennstoff aus der Mo-99-Produktion (AMOR II) in Rossendorf
- KKW Greifswald Block 5 (seit 30.12. 1988)

Die Dauerbetriebsgenehmigung wird spätestens ein Jahr nach Erreichen der vollen Leistung des Reaktors erteilt, wenn die dafür erforderlichen sicherheitstechnischen Voraussetzungen bestehen.

Genehmigungen zur Errichtung - § 5 der KAGAO - haben:

- KKW Greifswald Blöcke 6 - 8
- KKW Stendal Blöcke 1 - 2
- Baukörper der Spaltmolybdänanlage (SMA) in Rossendorf
- Anlage zur Brennstoffkonversion im Urantechnikum (AMOR-m)
- Abfallbearbeitungs- und Übergabestation für radioaktive Abfälle (ABÜS) in Rossendorf

Genehmigung zum Standort - §4 der KAGAO - hat:

- KKW IV-Dahlen (Gesamtstandortgenehmigung durch den Ministerrat wurde bisher nicht erteilt.)

Transport radioaktiver Stoffe:

- Es bestehen 11 Transportgenehmigungen unterschiedlicher Gültigkeitsdauer bis maximal 2 Jahre.
- Es sind sechs Bauartzulassungen für Transportcontainer gültig.

Genehmigungssituation auf dem Gebiet der Entsorgung radioaktiver Abfälle.

1. Endlagerung

Die Genehmigung zum Dauerbetrieb des Endlagers für radioaktive Abfälle Morsleben wurde am 22.04. 1986 erteilt. Die Genehmigung bezieht sich auf die Erfassung und Endlagerung niedrig- und mittelradioaktiver Abfälle aus Kernanlagen und der Radionuklidanwendung. Da abgebrannte Kernbrennstoffe nach Zwischenlagerung in die UdSSR transportiert werden, bestand bisher für die DDR keine Notwendigkeit zur Endlagerung hochradioaktiver Abfälle.

2. Zwischenlagerung

Zwischenlager außerhalb der Kernanlagen existieren nicht. Im System der zentralen Erfassung und Endlagerung obliegt den Abfallerzeugern die Bearbeitung, Konditionierung und Zwischenlagerung bis zur Übergabe der Abfälle an das Endlager. In den Kernkraftwerken sind diese Aufgaben der Abfallwirtschaft Bestandteil der Genehmigung zur Errichtung, Inbetriebnahme bzw. zum Dauerbetrieb dieser Kernanlagen.

Für die Abfallwirtschaft im Zentralinstitut für Kernforschung Rossendorf wurde entsprechend der Struktur dieser Institution eine separate Genehmigung Nr. KJ 720/06 vom 01.09. 1988 zum Verkehr mit radioaktiven Stoffen erteilt, welche die Rahmengen-
-erlaubnis unterersetzt.